

Einkommensrunde 2023

Klare Kante in harten Zeiten! Der VAB setzt mit dem dbb bei der Forderungsfindung Signale

Die Kernforderungen zur Einkommensrunde 2023:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro (Laufzeit 12 Monate)
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantentgelte um 200 Euro
- Unbefristete Übernahme der Auszubildenden

Die Verhandlungsgruppe des VAB mit dem Bundesvorsitzenden Herbert Schug und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Zeth und Uwe Busack steht hinter den Forderungen zur Einkommensrunde 2023.



v.l.n.r. Herbert Schug mit den Stellvertretern Thomas Zeth und Uwe Busack

Herbert Schug hält eine Tarifverhandlung mit offenem Visier für unabdingbar und untermauert: „Wir, die Gewerkschaften, haben eine maßgebliche Rolle bei der Bewahrung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft. Der Arbeitgeberseite muss aber auch klar sein, dass wir zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen bereit sind, mit dem uns zur Verfügung stehenden Grundrecht, nämlich dem Arbeitskampf, das durchzusetzen, was sowohl sozial als auch wirtschaftlich

gerechtfertigt ist. Die Tarifbeschäftigten in der Bundeswehr leisten enorme und wichtige Arbeit. Das muss sich in einer leistungsgerechten Bezahlung widerspiegeln. Der Maschinenraum unserer Bundeswehr muss laufen. In diesen Zeiten scheint das wichtiger denn je.“

Thomas Zeth und Uwe Busack ergänzen in diesem Gesamtkontext: „Klare Kante und Offenheit gerade in diesen Zeiten tut not. Die Forderung ist angesichts der Lage der Beschäftigten ehrlich und notwendig.“

dbb Chef Ulrich Silberbach erwartet schwere Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen.

Die Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Einkommen sei angesichts der volatilen Lage „mehr als gerechtfertigt“.

„Das werden hammerharte Verhandlungen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 11. Oktober 2022 bei der Vorstellung der gewerkschaftlichen Forderung für die am 24. Januar 2023 beginnende Einkommensrunde. „Die Stimmung in den Betrieben und Behörden des öffentlichen Dienstes war noch nie so schlecht. Veraltete Ausstattung, steigende Arbeitsbelastung, hohe Krankenstände, sinkende Motivation: Das sind alles Alarmzeichen. Umso dringender sind jetzt positive Impulse beim Thema Bezahlung.“ Das Verhandlungsergebnis müsse deshalb am Ende zweierlei sicherstellen: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nehmen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teil. Das ist ihr gutes Recht. Außerdem wird die Wettbewerbsfähigkeit des Staates als Arbeitgeber gesichert. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, was für eine existentielle Herausforderung die Nachwuchsgewinnung für Bund und Kommunen geworden ist. Uns fehlen ja jetzt schon 360.000 Leute und diese Zahl wird schnell anwachsen.“

Warnungen der Arbeitgeber im Vorfeld, dass die Finanzlage des Staates keine Einkommensverbesserung für die Beschäftigten zuließe, wies der dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, zurück: „Dieses Mantra wird durch ständige Wiederholung nicht richtiger. Das Gegenteil stimmt: Wenn wir jetzt nicht in den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten investieren, bedeutet das nicht nur massive Reallohnverluste für die Kolleginnen und Kollegen, sondern auch eine nachhaltige Beschädigung der für die Überwindung der aktuellen Doppelkrise so wichtigen kritischen Infrastruktur Staat.“

